

Eine bundesweite Präventionsstrategie gegen den gewaltbereiten Islamismus

Öffentliche Anhörung, Innenausschuss des Deutschen Bundestages
26. Juni 2017

Stellungnahme von Prof. Dr. Peter Neumann

Direktor, International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR), King's College London

www.icsr.info

Der Beginn der dschihadistischen Terrorwelle, die derzeit Europa heimsucht, lässt sich genau datieren. Am 24. Mai 2014 stürmte ein 29-jähriger Franzose das Jüdische Museum in Brüssel und erschoss drei Besucher und einen Angestellten. Es war der erste Anschlag des sogenannten Islamischen Staates (IS) auf europäischem Boden.

In den drei Jahren, die seitdem vergangen sind, kam es zu einem Dutzend weiteren Anschlägen mit fast 350 Toten. Die Opfer sind meist nicht Botschafter oder Beamte, Politiker oder Polizisten, sondern einfache Bürger: Reisende in einem Regionalzug, Fußballfans, Besucher auf einem Weihnachtsmarkt. Besser als jede andere Terrorgruppe versteht es der IS, mit unseren Ängsten zu spielen, Misstrauen zu säen – ganze Gesellschaften zu spalten und zu verunsichern.

Auch wenn der IS in seinem Kerngebiet – in Syrien und dem Irak – mittlerweile auf dem Rückzug ist, wird sich an der Terrorgefahr in Europa in den nächsten Jahren wenig ändern. Alle europäischen Gesellschaften stehen im Fadenkreuz des IS. Hundertprozentige Sicherheit gibt es nirgendwo. Eine kluge, konsequente und nachhaltige Strategie zur Terrorismusbekämpfung ist notwendiger denn je.

Eine konsequente Strategie

Terrorismus ist politische Gewalt. Für diejenigen, die ihn bekämpfen wollen, geht es deshalb darum, die Menschen vor terroristischer Gewalt zu schützen. Und es geht darum, den politischen und gesellschaftlichen Ursachen dieser Gewalt entgegenzuwirken.

Es geht also einerseits um innere Sicherheit – einen starken Staat, der keine Angst davor hat, mit aller Härte des Rechtsstaates gegen Terroristen, extremistische Gefährder und Hassprediger vorzugehen.

Doch genauso wichtig ist es, dabei nicht übers Ziel hinauszuschießen: Wer statt dem IS und seiner totalitären Ideologie die weltweit 1,5 Milliarden Muslime zum Feind erklärt, verrät die freiheitlich-demokratischen Werte, die es zu verteidigen gilt. Mehr noch: Er tappt in die Falle des IS, dessen Terror letztlich darauf abzielt, einen Religionskrieg zu provozieren.

Eine kluge und konsequente Antwort auf den dschihadistischen Terror ist pragmatisch, nicht ideologisch. Sie formuliert keinen Widerspruch zwischen „hart“ und „soft“. Und sie basiert nicht auf Slogans oder „Patentrezepten“, sondern auf einer klugen und ausgewogenen Mischung aus Repression, Prävention und Integration.

Repression

Erstes Thema: Repression.

Starke Sicherheitsbehörden sind eine unabdingbare Voraussetzung für erfolgreiche Terrorismusbekämpfung, denn sie schützen Menschen und schaffen Vertrauen in den Staat. Wer Polizei und Nachrichtendienste gut ausstattet und ihnen die notwendigen rechtlichen und technischen Instrumente zur Verfügung stellt, ermöglicht es den Behörden, gezielter und effizienter zu arbeiten.

Das Ergebnis ist nicht, wie von Kritikern behauptet, Willkür und Überwachungsstaat, sondern – im Gegenteil – ein effektiverer Sicherheitsapparat, der zwischen Verdächtigen und Unbeteiligten unterscheidet, Anschläge verhindert und Terroristen und ihre Unterstützer konsequent zur Rechenschaft zieht.

Konkret heißt das: bessere Möglichkeiten zur Kommunikationsüberwachung; nahtloser Datenaustausch zwischen Sicherheitsbehörden, auch auf europäischer Ebene; und null Toleranz für Hassprediger, dschihadistische Moscheevereine und rechtsfreie Räume.

Das Thema rechtsfreie Räume ist besonders wichtig. Wenn Sie nach Frankreich oder Belgien schauen, dann waren es ja genau diese vom Staat und auch von der Zivilgesellschaft vernachlässigten Räume – in Brüssel-Molenbeek oder in den Vororten von Paris -, die zur Brutstätte nicht nur für Kriminalität, sondern auch für die Rattenfänger des IS wurden.

Die Lehre ist: Wo der Staat ein soziales und geistiges Vakuum hinterlässt, da finden sich früher oder später andere, die bereits sind, dieses Vakuum zu füllen.

Prävention

Zweites Thema: die Prävention im engeren Sinne.

Sicherheitsbehörden mit neuem Personal, Geld und Rechten auszustatten ist nur eine Möglichkeit, der Herausforderung durch den dschihadistischen Terrorismus zu begegnen. Die umgekehrte Herangehensweise – dafür zu sorgen, dass es weniger Fälle gibt, die auf dem Tisch der Sicherheitsbehörden landen – ist genauso wichtig.

Ein konsequenter, umfassender Ansatz der Terrorismusbekämpfung braucht beides: starke, kompetente Sicherheitsbehörden und ein systematisches, mit ausreichenden Mitteln gefördertes Konzept zur Terrorismusprävention, Intervention und Deradikalisierung. Die Akteure, Zielgruppen, Vorgehensweise und Instrumente sind jeweils unterschiedlich, doch Bekämpfung und Prävention sind zwei Seiten derselben Medaille.

Prävention beinhaltet: Aussteigerprogramme; flächendeckende Beratungsangebote für Eltern, Lehrer und Sozialarbeiter; Anlaufstellen und eine systematische Präsenz in „Hotspots“ (soziale Brennpunkte, Gefängnisse, Flüchtlingsunterkünfte); und eine systematische Auseinandersetzung mit der dschihadistischen Ideologie in Schulen und im Internet.

Integration

Langfristig am wichtigsten ist jedoch mein drittes Thema: Integration.

Wer Radikalisierung an ihren Wurzeln bekämpfen will, muss sich mit den gesellschaftlichen Konflikten beschäftigen, an die die Dschihadisten „andocken“. Dass junge europäische Muslime für eine Ideologie ansprechbar sind, die von ihnen verlangt, sich radikal gegen ihre eigenen, europäischen Gesellschaften zu stellen, hat damit zu tun, dass sie sich nicht als Teil dieser Gesellschaften begreifen.

Die Lösung besteht nicht einfach aus mehr Geld, Sozialprogrammen oder Investitionen in Bildung und Arbeitsplätze – so wichtig auch jede einzelne dieser Maßnahmen sein mag. Letztlich geht es um Integration und das Gefühl, bei uns wirklich dazuzugehören – Teil einer Gemeinschaft zu sein.

Von der Mehrheitsgesellschaft erfordert das den Willen zur Akzeptanz: die Bereitschaft, jemanden als Deutschen zu akzeptieren, dessen Vorname Mohammed ist. Und vom sich Integrierenden erfordert es, aktiv auf den Rest der Gesellschaft zuzugehen: das Befolgen nicht nur von Gesetzen, sondern von gesellschaftlichen Normen.

Nur wenn sich beide Seiten an diesen Deal halten, kann Integration gelingen.

Dasselbe gilt übrigens für muslimische Gemeinschaften. Sie gehören zu Deutschland, doch das beinhaltet die Pflicht, einen Islam zu predigen, der die Lebenswirklichkeit junger Menschen in Deutschland widerspiegelt – und dies in deutscher Sprache zu tun.

Fazit

Der Terror des IS wird noch vielen Menschen das Leben kosten. Doch die richtige Antwort hierauf ist weder Selbstaufgabe noch Überreaktion. Es muss klar sein: Die Lösung ist nicht, sich vom Pluralismus und von unseren freiheitlichen Werten abzuwenden, sondern noch stärker für sie zu werben.

Dazu gehört Prävention genauso wie ein starker Staat und eine gesamtgesellschaftliche Strategie zur Integration.

Wer nur das eine tun will, aber nicht das andere, der bekämpft den Terrorismus weder konsequent noch klug.

Ich stimme der Forderung nach einer nationalen Präventionsstrategie zu. Das ist etwas, was ich seit Anfang 2015 fordere.

Auch teile ich die Kritik, dass die Koordination zwischen Bund, Ländern und Kommunen, und zum Teil auch innerhalb dieser Ebenen, nicht optimal läuft und dringend verbessert werden muss.

Und ich bin genauso wie die Antragsteller der Meinung, dass wir die Qualität und den Erfolg dieser Maßnahmen konsequenter und einheitlicher messen müssen.

Ich bin allerdings skeptisch, ob die Antwort auf diese Herausforderungen die Schaffung einer neuen Bürokratie ist.

Wir brauchen bessere Koordination, wir brauchen einheitlichere Standards, und wir brauchen politische Führung.

In Deutschland ist im Bereich Prävention in den letzten zwei Jahren viel passiert. Viel Gutes. Eine Präventionsstrategie sollte darauf aufbauen, nicht Parallelstrukturen schaffen.

Mein letzter, aber vielleicht wichtigster Punkt: Prävention existiert nicht im Vakuum. Ich bin mittlerweile davon überzeugt, dass wir nicht nur eine Präventionsstrategie brauchen, sondern eine Anti-Terrorismusstrategie. Eine Strategie, in der die drei Bereiche, die ich angesprochen habe – Repression, Prävention, Integration – miteinander ausbalanciert und effektiv aufeinander abgestimmt werden.

Denn eines ist klar:

Terrorismusbekämpfung wird uns noch viele Jahre beschäftigen. Wenn wir verhindern wollen, was zuletzt in Frankreich und Großbritannien passiert, müssen wir uns konsequent und systematisch aufstellen.

Wenn wir das tun, dann schützen wir nicht nur Menschenleben, sondern unser demokratisches Gesellschaftsmodell.

London, 24. Juni 2017